

# In welche Richtung?

## Der *Strategische Kompass* der Europäischen Union

Der *Strategische Kompass* der Europäischen Union ist ein aktuell in Ausarbeitung befindliches Strategiedokument das die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) revolutionieren soll. Der Leiter der Projektgruppe Sicherheitspolitik der Jungen Generation in der SPÖ, **RAPHAEL SPÖTTA**, diskutiert in dieser Ausgabe der ZUKUNFT Erfolgsaussichten, Probleme und die sozialdemokratische Sicht auf dieses Unterfangen.

Strategiedokumente der Europäischen Union im Bereich der GSVP zu analysieren bzw. zu diskutieren mag manchen als müßig erscheinen. Wozu sollte man sich solchen Strategien widmen? Bereits verabschiedete Strategien der EU haben auch keine Durchbrüche in diesem Bereich erzielt, warum sollte es sich mit dem jüngsten Versuch, dem Strategischen Kompass, anders verhalten? Die Strategien der EU, so deren Kritiker\*innen, blieben doch hinter den Erwartungen und Ambitionen jener zurück, die sie formulieren und hoffen, sie würden die EU in die Lage versetzen, geostrategisch zu handeln. Zu versuchen, mit einer geopolitischen Strategie ihre Mitgliedsstaaten in außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen zu einen, wäre letzten Endes doch nur Zeit- und Energieverschwendung.

### I. WOZU EIN STRATEGISCHER KOMPASS?

Eigentlich würde ein Blick in das aktuelle geopolitische Umfeld genügen, um zu erkennen, warum die Handlungsfähigkeit der EU im außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Bereich aktuell höchst relevant ist. Das System der internationalen Beziehungen wird zunehmend konfrontativ; die Vereinigten Staaten, die Russische Föderation und die Volksrepublik China ringen in verschiedenen Staaten um Einfluss und versuchen, ihre jeweiligen Interessen durchzusetzen sei es in Asien, Afrika, im Nahen Osten und auch in Europa selbst. Meistens bedeutet das Konflikte und, dass auf europäische In-

teressen keine Rücksicht genommen wird - geschweige denn auf Interessen der lokalen Bevölkerung.

Beispiele für unterschiedliche Interessenlagen bzw. Konflikte gibt es einige. An dieser Stelle seien nur der massive chinesische Rohstoffbedarf (vgl. United Nations Environment Programme 2013), der Konflikt im Südchinesischen Meer (vgl. Council on Foreign Relations, s. a.), der Bürgerkrieg in Syrien (vgl. International Crisis Group 2021) und der Konflikt in Afghanistan genannt. Insbesondere Afghanistan ist ein gutes Beispiel dafür, dass die Argumente für die Notwendigkeit einer europäischen Handlungsfähigkeit abseits der USA untermauert. Sowohl in Afghanistan als auch in Syrien waren die europäischen Partner\*innen Washingtons de facto dazu gezwungen, politische Entscheidungen zu akzeptieren, die nicht im europäischen Interesse lagen. Gleichzeitig engagiert sich Europa zunehmend im indopazifischen Raum - was aber in erster Linie im US-Interesse liegt.

Europa scheint also übermäßig US-Interessen mitzutragen, während die eigenen Interessen nicht oder nur unzureichend gewahrt werden (können). Während die eingangs erwähnten Strategiedokumente Europas zwar recht eindeutig umreißen, welche Interessen die Union und ihre Mitgliedsstaaten verfolgen sollten, mangelt es eindeutig an Mitteln zur Um- bzw. Durchsetzung derselben. So liegt beispielsweise die Stabilität der unmittelbaren und mittelbaren Nachbarstaaten

Europas im Interesse der Union - dazu gehören Staaten Nordafrikas ebenso wie Zentralasiens. Nicht zu vergessen: der Anspruch der *Europäischen Union*, sich weltweit für die Menschenrechte einzusetzen.

Der aus diesen Interessen und den vergangenen Ereignissen gezogene Schluss müsste eigentlich lauten, dass sich Europa vermehrt auf die Stärkung der eigenen Handlungsfähigkeit im sicherheits- und verteidigungspolitischen Bereich konzentrieren sollte. In der Fachwelt wird dies als „Strategische Autonomie“ bezeichnet. Europa soll nach diesem Konzept in die Lage versetzt werden, sich selbst (auch militärisch) ohne Unterstützung von Partner\*innen (in erster Linie der USA) zu schützen, stabilisierend im europäischen Umfeld zu wirken und auch ohne die USA friedenssichernde Maßnahmen zu ergreifen. Das Ziel hierbei ist klar: die oberste Maxime muss der Schutz der europäischen Bevölkerung sowie gegebenenfalls die Wahrung der Menschenrechte sein.

Klar muss dabei sein, dass derartige Militäreinsätze nur unter ganz konkreten Voraussetzungen stattfinden dürfen, wie beispielsweise zur Verhinderung von schwerwiegenden und unmittelbar stattfindenden Menschenrechtsverletzungen, zur Verhinderung oder Beendigung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit und zur Friedenssicherung - das geltende Völkerrecht ist dabei unter allen Umständen und bedingungslos einzuhalten.

Diesem Gedanken liegt die Erkenntnis zugrunde, dass Europa in Zukunft nur gemeinsam handeln können. Die Aufgaben, vor denen die Staatengemeinschaft steht, sind derart gewaltig, dass sie die Fähigkeiten eines einzelnen Staates bei Weitem übersteigen – fast unabhängig von dessen Größe. Aber was sollen Staaten zur gemeinsamen Verteidigung beitragen? Was soll die EU können, was sollen demgegenüber ihre Mitgliedsstaaten können und demnach die EU nicht können müssen? Und wie verhält sich die EU gegenüber der NATO – immerhin sind von derzeit 27 EU-Mitgliedsstaaten insgesamt 21 auch NATO-Partner\*innen?

## II. DER STRATEGISCHE KOMPASS DER EUROPÄISCHEN UNION

Um Fragen auf diese Herausforderungen zu geben, hat die *Europäische Union* einen Prozess mit dem Ziel initiiert, die europäische Verteidigung zu konkretisieren - der *Strategische Kompass*. Der Kompass wurde während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 gestartet, um die in Teilen veraltete EU-Globalstrategie (European External Action Service 2016) zu konkreti-

sieren und zu operationalisieren. Basierend auf einer umfassenden Bedrohungsanalyse, zu der alle EU-Mitgliedsstaaten nachrichtendienstliche Informationen beigesteuert hatten, wurde der Prozess in vier Arbeitsbereiche, sogenannte „Arbeitskörbe“ gegliedert: Krisenmanagement, Resilienz, Fähigkeiten und Partnerschaften.

In diese Arbeitskörbe wurden von den EU-Mitgliedsstaaten Inputs in Form von Workshops, Veranstaltungen und Papieren eingebracht, die vom European External Action Service (EEAS) zusammengeführt wurden. Dieses Produkt, das mittlerweile in einer ersten Version vorliegt, ist der sogenannte *Strategische Kompass*.

Dieses Dokument ist derzeit noch nicht öffentlich zugänglich. Dies wird erst der Fall sein, nachdem es vom Europäischen Rat im kommenden Jahr beschlossen wird. Bis es so weit ist, werden die slowenische und die französische EU-Ratspräsidentschaften viel Energie in die Debatten um den Strategischen Kompass, Änderungswünsche und sich verlagernde Prioritäten zu berücksichtigen haben. Die meisten EU-Mitgliedsstaaten werden eines von zwei Zielen verfolgen: entweder den Strategischen Kompass konkreter zu machen - inklusive konkreter Bestimmungen, was die EU im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu leisten haben wird - oder aber den Kompass zu abstrahieren und weniger konkret zu gestalten, um sich selbst ein höheres Maß an Flexibilität einzuräumen.

## III. KERN DER PROBLEME

Anhand dieser Auseinandersetzung um den Grad der Konkretheit des *Strategischen Kompasses* wird das grundlegende Problem der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der GSVP deutlich. Die EU-Mitgliedsstaaten sind sich darüber uneinig, welche grundlegende Ausrichtung die EU im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik haben sollte. Die oben dargestellte Erkenntnis, dass vergleichsweise kleinere Staaten auf sich gestellt, kaum die Chance dazu haben, die gigantischen internationalen Herausforderungen zu bewältigen, führt nicht alle EU-Mitglieder zu denselben Schlüssen. Manche argumentieren, dass eine verstärkte europäische Integration die Antwort auf diese Problematik sei andere hingegen sehen in der NATO und den Vereinigten Staaten die wesentlichsten tragenden Säulen ihrer Sicherheitspolitik. Grundlegende Differenzen bestehen auch dabei festzulegen, was die wesentlichsten Herausforderungen eigentlich sind. Manche erachten ihre geografische Nähe zu Russland als sicherheitspolitische Herausforderung, andere die Stabilität

der unmittelbaren Nachbarschaft der EU und wieder andere achten den Schutz der Außengrenze als zentral.

Hinzu kommt, dass sich die größeren EU-Mitgliedsstaaten (zu nennen sind hier Deutschland und Frankreich sowie das ehemalige EU-Mitglied Großbritannien) de facto den Rahmen aussuchen können, in dem sie sicherheitspolitisch handeln wollen. Alle drei sind Mitglieder der NATO, sowohl Frankreich als auch Großbritannien haben einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und alle sind Mitglieder der OSZE. Letztlich bedeutet das, dass alle diese Staaten neben der EU in drei verschiedenen internationalen Organisationen sicherheitspolitisch vorgehen können. Also sind sie nicht auf die Handlungsfähigkeit der Union angewiesen – für sie würde es reichen, sich den passenden internationalen Rahmen de facto auszusuchen, denn sie können sicher sein, dass sie in jedem dieser Rahmen Gehör finden würden, wenn sie nicht sogar auch einfach bilateral oder in Zusammenarbeit mit anderen Staaten vorgehen.

Sollte die *Europäische Union* also überhaupt ein Handlungsrahmen sein, um Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu gestalten? Die Mitgliedsstaaten beantworten diese Frage höchst unterschiedlich, was auch wiederum den Erfolg des *Strategischen Kompasses* infrage stellt. Gleichzeitig setzt dieser auch an genau der Stelle an. Indem erstmals in der europäischen Geschichte ein gemeinsames Bedrohungsbild aller EU-Mitglieder zusammengeführt wurde und infolgedessen definiert werden soll, was die EU können und wie sie dies erreichen will, versucht der Kompass einerseits, eine Antwort auf diese Frage zu geben und andererseits, die EU in diesen Bereichen handlungsfähig zu gestalten. Konkret werden in den Bereichen Krisenmanagement und Resilienz definiert, was die EU können will, in den Bereichen Fähigkeiten und Partnerschaften hingegen, wie sie diese Ziele erreichen will.

#### IV. ÖSTERREICHS POSITION

Was also ist die österreichische Position in Zusammenhang mit dem Strategischen Kompass? Durch die in der Bundesverfassung verankerte immerwährende Neutralität sind die Rahmenbedingungen militärischer Integration zwar grundsätzlich vorgegeben, jedoch aufgrund jahrelang geübter Praxis ist diese längst ausgehöhlt. Grundsätzlich bedeutet Neutralität im internationalen Recht einen Zustand der Nichtbeteiligung an einem militärischen Konflikt. Die Partei, die sich für neutral erklärt, beteiligt sich nicht nur nicht an einem Konflikt, es ist den Konfliktparteien auch untersagt, das Territorium des Neutralen zu nutzen. Im Gegenzug darf die neutrale Partei sich

auch nicht zum Nutzen einer der beiden Konfliktparteien verhalten. Dies kommt ausschließlich im Falle eines militärischen Konflikts zum Tragen.

Die österreichische Neutralität macht das zu einem Sonderfall. Diese ist „immerwährend“. Österreich muss sich also im Falle eines militärischen Konflikts neutral verhalten, aber der Status der Neutralität kommt während einer Phase des relativen Friedens nicht zum Tragen. Um also dem Anspruch gerecht zu werden, „immerwährend neutral“ zu sein, muss sich Österreich folglich während einer Phase des Friedens so verhalten, dass es jederzeit glaubhaft machen kann, dass es sich im Falle eines militärischen Konflikts neutral verhalten wird. Das bedeutet konkret: Österreich darf kein Mitglied einer Verteidigungsallianz werden, nicht zulassen, dass Militärbasen anderer Staaten auf seinem Territorium errichtet werden und auch keine hoheitlichen Aufgaben im militärischen Bereich an einen anderen Staat oder eine andere Organisation auslagern. Kurzum: Österreich muss im Falle eines militärischen Konflikts selbst für seine Sicherheit sorgen.

Der politische Aspekt an der immerwährenden Neutralität war hingegen ein Spezialfall. Bundeskanzler Bruno Kreisky nutzte den Status Österreichs als neutralen, um eine aktive Außenpolitik gegenüber Ost, West und den Blockfreien betreiben zu können. Obwohl die politische Neutralität, also eine Politik der Blockfreiheit im weitesten Sinne, rechtlich nicht notwendig war, betrieb Österreich sie ab 1945 aus mehreren, praktischen Gründen. Zunächst verhielt man sich aus realpolitischen Gründen neutral. Zu sehr in Richtung der USA zu gehen, wäre ebenso wenig opportun gewesen, wie sich der Sowjetunion anzunähern, zumindest so lange wie Österreich ein Ende der Besatzungszeit durch den Staatsvertrag anstrebte. Diese politische Neutralität wurde beibehalten, um im Sinne der militärischen Neutralität glaubhaft machen zu können, sich im Falle eines Konflikts neutral verhalten zu können.

Mit dem Beitritt zur *Europäischen Union* 1995 hat sich die österreichische Neutralität somit zwar grundlegend, nicht jedoch im Wesenskern, gewandelt. Grundlegend deshalb, da Österreich nun nicht mehr behaupten konnte, politisch neutral zu sein. Im Wesenskern nicht, da die militärische Neutralität aufgrund der irischen Klausel eigentlich noch unangetastet ist. Die Republik ist zwar dazu verpflichtet, im Falle eines Angriffs auf das Territorium eines EU-Mitgliedsstaats zu unterstützen, es wurde jedoch nicht definiert, wie diese Unterstützung auszuweisen hat. Im Wesentlichen könnte Österreich auch mit einem Sanitätskontingent helfen oder eine politische Erklärung abgeben und hätte damit seine Schuldigkeit getan.

Dem entgegen steht die österreichische Überzeugung, dass kein Staat in der Lage ist internationale Krisen allein zu bewältigen und die Zusammenarbeit im europäischen Rahmen die wesentlichste Säule der österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist. In der Tat spricht die Österreichische Sicherheitsstrategie (ÖSS) davon, dass die EU den zentralen Handlungsrahmen der Republik darstelle:

„Die EU als umfassende Friedens-, Sicherheits- und Solidargemeinschaft bildet den zentralen Handlungsrahmen für die österreichische Sicherheitspolitik. Österreich wird sich an der Sicherheitspolitik der EU in allen ihren Dimensionen beteiligen. Österreich unterstützt die Heranführung weiterer Staaten mit dem Ziel der Übernahme von EU-Standards.“ (Bundeskanzleramt Österreich 2013: 12f.)

In der Praxis äußert sich das so, dass Österreich die meisten Maßnahmen auf europäischer Ebene mitträgt. Das mag zwar sinnvoll sein, allerdings versucht man auch nicht, diese Maßnahmen gestaltend zu beeinflussen. Die jahrzehntelange Erfahrung Österreichs betreffend den Dialog mit Konfliktparteien, mit Blockfreien und potenziellen Partner\*innen hätte beispielsweise in den Kompass-Prozess eingebracht werden können. Als aktives Mitglied der NATO-Partnerschaft für den Frieden (Partnership for Peace, PfP) wäre Österreich geradezu prädestiniert dafür gewesen, eine führende Rolle bei der Formulierung einer Position zur Partnerschaft zwischen EU und NATO einzunehmen. Oder auch im Bereich der Resilienz hätte man sich einbringen können, ist dieses doch eines der sicherheitspolitischen Schwergewichte.

Versucht man jedoch, die österreichischen Beitragsleistungen im Rahmen des Kompass-Prozesses zu identifizieren, macht sich Ernüchterung breit. Eine intensive Recherche ergab, dass Österreich ein einziges Non-Paper in den Prozess einspeiste - zum Themengebiet Krisenmanagement und gemeinsam mit Belgien, Zypern, der Tschechischen Republik, Deutschland, Griechenland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Portugal, Slowenien und Spanien (vgl. Austria et al.: s. a.).

In diesem Papier wird eine Stärkung des internationalen Krisenmanagements Europas gefordert. Dieses müsse stärker integriert und robuster werden. Darüber hinaus sollte das zivile Krisenmanagement der EU ausgebaut und eine besser abgestimmte und informierte Führung im Falle militärischen Krisenmanagements sichergestellt werden. Insgesamt ist dieses Papier auch aus sozialdemokratischer Sicht sicherlich diskussionswürdig. Dieses reicht allerdings schlicht nicht aus. Viel-

mehr sollte sich Österreich mit längst überfälligen Grundlagen auseinandersetzen.

## V. SOZIALDEMOKRATISCHE SICHT

Eine Stärkung der Handlungsfähigkeit der *Europäischen Union* wird von sozialdemokratischen Parteien in verschiedenen europäischen Staaten unterschiedlich beurteilt. In Staaten, die Teil der NATO sind, ist diese auch Eckpfeiler der Sicherheitspolitik. Entsprechend wird die NATO von dortigen Sozialdemokrat\*innen als Solidaritätsgemeinschaft verstanden - die EU außen- und sicherheitspolitisch handlungsfähig zu machen, sei damit eine nicht notwendige Doppelgleisigkeit. Die österreichische Sozialdemokratie hingegen hat positive Erfahrungen mit der Neutralität gemacht. Nicht erst seit dem Kosovo-Krieg 1998/99 wird die NATO von vielen Linken als imperialistische Organisation betrachtet. Infolgedessen hat sich die österreichische Sozialdemokratie politisch und ideologisch verstärkt auf Europa konzentriert.

Vor dem Hintergrund der Neutralität bleibt für Österreich nur eine starke Konzentration auf internationale Organisationen, die sich nicht der militärischen Landesverteidigung widmen können. Von Vereinten Nationen, OSZE und EU bietet die EU die vielversprechendsten Möglichkeiten, integriertes Krisenmanagement zu betreiben. Unterlegt man dieses (militärische oder zivile) Krisenmanagement mit begleitenden zivilen Maßnahmen, verspricht dies größere Erfolgsaussichten.

Das heißt für die SPÖ, dass die Union weiterhin der hauptsächliche außen- und sicherheitspolitische Rahmen bleiben wird. Gleichzeitig sollte Interoperabilität des Österreichischen Bundesheeres mit anderen europäischen Streitkräften zur Maximierung der Zusammenarbeitsfähigkeit, sowie ein umfassendes Fähigkeitenprofil angestrebt werden. Ziel muss es sein, die in der Bundesverfassung vorgesehenen Aufgaben zu erfüllen und gleichzeitig aktiv an der Umfeldstabilisierung mitzuwirken - sowohl mit militärischen als auch mit nicht-militärischen Mitteln. Österreich sollte aber vor allem am Krisenmanagement mitwirken und die EU sollte aus österreichisch-sozialdemokratischer Sicht vor allem auf das Krisenmanagement fokussieren.

Das bedeutet nicht, keine militärischen Fähigkeiten und Kapazitäten bereitzuhalten, doch die Frage ist, in welchem Umfang und in welcher Struktur dies geschehen sollte. Sieht der *Strategische Kompass* derzeit eine Rapid Reaction Force (also eine

schnelle Eingreiftruppe) vor, bestehen bereits militärische Fähigkeiten – die bis dato noch nie eingesetzten EU-Battlegroups.

Ein Diskussionspapier der SPD-Bundestagsfraktion aus dem Jahr 2020 (vgl. Der Spiegel 2020) schlägt hingegen die Schaffung eines eigenen Truppenkörpers, der 28. Armee vor. Ein solcher Schritt würde eine eigene europäische Institution schaffen, damit die Souveränitätsrechte der EU-Mitgliedsstaaten nicht beeinträchtigen und wäre damit tatsächlich einsetzbar. Dabei müssen einige organisatorische und auch politische Punkte mitgedacht werden. So ist beispielsweise die Schaffung einer eigenen militärischen Kommandostruktur der EU erforderlich, ebenso wie die Festlegung der politischen Verantwortlichkeit (welche Rolle sollte die Kommission bekommen, welche das Europäische Parlament) und konkrete Vorschriften zum Einsatz. Eine solche 28. Armee sollte beispielsweise nicht auf europäischem Territorium eingesetzt werden können, mit Ausnahme zur militärischen Verteidigung bei etwaigen militärischen Angriffen durch Drittstaaten (vgl. Vogel and Schulz 2020).

## VI. FAZIT

Der *Strategische Kompass* ist ein grundlegendes Dokument der GSPV, das wesentliche Fragen der europäischen Verteidigung anspricht, aber Gefahr läuft, zu einem weiteren Dokument zu werden, das das Papier nicht wert ist, auf dem es gedruckt wird. Wird der Kompass die EU-Verteidigung revolutionieren, wie von manchen erwartet oder auch befürchtet? Wird sich die EU in Zukunft auf eine Rolle als Krisenmanagerin konzentrieren? Will sie ihre militärischen Fähigkeiten entwickeln, um, wie eingangs dargelegt, notfalls auch Staaten wie Afghanistan alleine stabilisieren zu können? Noch gibt es keine Antworten auf diese Fragen. Der Kompass muss sich jetzt der Diskussion stellen und in wenigen Jahren wird klar werden, ob dies ein Schritt in Richtung einer Stärkung der EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik sein wird.

Aus sozialdemokratischer Sicht macht die verstärkte Konzentration auf die europäische Sicherheitspolitik Sinn. Um es gar nicht erst zu militärischen Konflikten kommen zu lassen oder deren Eskalation zu verhindern, ist das zivile und das militärische Krisenmanagement der EU unumgänglich. Die SPÖ sollte daher den Strategischen Kompass, aber vor allem die Grundlage europäischer Sicherheit und Verteidigung dringend ernst nehmen und eine nachvollziehbare Position hierzu entwickeln. Diese muss den Prinzipien Rechtsstaatlichkeit, demokratische Kontrolle und Solidarität folgen, darf sich jedoch

nicht ausschließlich auf den „Kompass“ konzentrieren, sondern auf die europäische Sicherheitspolitik insgesamt. ☞

### RAPHAEL SPÖTTA

hat Politikwissenschaft an der Universität Wien sowie Internationale Beziehungen an der *Diplomatischen Akademie Wien* studiert. Seit 2019 ist er stellvertretender Leiter der *Außenpolitischen Akademie* des BSA. Seit 2021 Leiter der Projektgruppe Sicherheitspolitik der Jungen Generation in der SPÖ. Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte: internationales und europäisches Krisenmanagement, Konfliktmanagement durch internationale Organisationen sowie der Nahe Osten und Südosteuropa.

---

## Literatur

Austria et al. (s.a.) 'Strategic Compass – for a more coherent, flexible and robust EU crisis management action'. Available at: <https://club.bruxelles2.eu/wp-content/uploads/2021/05/nonpaperboussolestrategiegestioncrises@ue210501-1.pdf> (letzter Zugriff: 20.12.2021).

Bundeskanzleramt Österreich (2013) 'Österreichische Sicherheitsstrategie. Sicherheit in einer neuen Dekade – Sicherheit gestalten'. Available at: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:1e09edo1-5ea4-49e3-b505-4c5206c01c5c/%C3%96sterreichische%20Sicherheitsstrategie.pdf> (letzter Zugriff: 20.12.2021).

Council on Foreign Relations (s.a.) Territorial Disputes in the South China Sea, Council on Foreign Relations. Available at: <https://www.cfr.org/global-conflict-tracker/conflict/territorial-disputes-south-china-sea> (letzter Zugriff: 20.12.2021).

Der Spiegel (2020) SPD für eigene EU-Armee, Der Spiegel. Available at: <https://www.spiegel.de/politik/spd-fuer-eigene-eu-armee-a-3c2c10bf-2072-4f46-bdb8-5191e9324127> (letzter Zugriff: 20.12.2021).

European External Action Service (2016) 'Shared Vision, Common Action: A Stronger Europe'. Available at: [https://eeas.europa.eu/archives/docs/top\\_stories/pdf/eugs\\_review\\_web.pdf](https://eeas.europa.eu/archives/docs/top_stories/pdf/eugs_review_web.pdf) (letzter Zugriff: 20.12.2021).

International Crisis Group (2021) Syria, International Crisis Group. Available at: <https://www.crisisgroup.org/middle-east-north-africa/east-mediterranean-mena/syria> (letzter Zugriff: 20.12.2021).

United Nations Environment Programme (2013) China Outpacing Rest of World in Natural Resource Use, UN Environment Programme. Available at: <https://www.unep.org/news-and-stories/press-release/china-outpacing-rest-world-natural-resource-use> (letzter Zugriff: 20.12.2021).

Vogel, D. and Schulz, R. (2020) 'Zur Diskussion über eine 28. Armee für die *Europäische Union*'. Available at: [https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2020A19\\_EU-Armee.pdf](https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2020A19_EU-Armee.pdf) (letzter Zugriff: 20.12.2021).